

Wehrhafte Zivilität

Zur Außenpolitik kleiner und mittlerer Staaten

Volker von Prittwitz (28. Januar 2022)

Im Ukraine-Konflikt prallen scheinbar zwei Logiken aufeinander: Während Russland die alte Machtstellung der Sowjetunion wieder herstellen will, also machtlogisch operiert, proklamieren die westlichen Staaten die völkerrechtliche Integrität nationalstaatlicher Grenzen – ein multilaterales Ordnungsmodell im Sinne der Logik wechselseitiger Bindung.

In diesem Fundamentalkonflikt inszeniert sich Russland als machtpolitisch betrogen, da der Westen seine im Prozess der deutschen Wiedervereinigung gemachte Zusage gebrochen habe, sich nicht nach Osten auszuweiten – Ausgangspunkt für die Forderung, die Ukraine dürfe kein NATO-Mitglied werden und die NATO solle sich aus allen mittelosteuropäischen Ländern zurückziehen. Ein vertragliches Verbot der Aufnahme mittel-osteuropäischer Staaten in die NATO hat es allerdings nie gegeben; vor allem aber wollen die Länder, die in den Jahrzehnten seit dem Fall der Mauer ihre nationalstaatliche Selbstbestimmtheit gewonnen haben, diese auf keinen Fall wieder verlieren. Russlands militärische Bedrohung der Ukraine treibt inzwischen selbst osteuropäische Länder wie Finnland, die bisher kein Mitglied der NATO waren, dazu, die NATO als Schutz zu suchen und einen Aufnahmeantrag zu avisieren (Stand 24.01.2022) – eine höchst kontraproduktive Aggressionsdrohung Russlands also.

Putin und seine Entourage übersehen hierbei, dass geopolitisches Macht- und Militärdenken heute, anders als noch im 20. Jahrhundert, nicht mehr unhinterfragt als realistisch und damit legitim erscheint; vielmehr operiert das internationale System gerade seitens der vielen kleinen und der mittelgroßen Staaten im Schutz völkerrechtlich gesicherter nationalstaatlicher Grenzen. Damit aber sind Truppenaufmärsche und Kanonenboote keine legitimen Formen politischer Einflussnahme mehr, sondern sie diskreditieren einen Staat als illegitim aggressiv, lassen ihn bedrohlich und unattraktiv erscheinen.

Diese unterschiedlichen Interaktionslogiken sind, genauer betrachtet, allerdings weniger eindeutig verteilt, als es auf den ersten Blick erscheint. Denn die USA propagieren sich zwar seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs traditionell als militärische und politische Führungsnation des Westens im Sinne von Freiheit und Integrität; faktisch ist die Gesellschaft der USA aber tief gespalten mit einem großen Anteil antidemokratischer, darunter evangelikal sektenhafter, rassistischer und libertär faschistischer Denkweisen (Trumpismus); vormoderne Einstellungen zugunsten allgemeinem Waffenbesitz und eine starke Waffen- und Rüstungslobby dominieren, und international schwankt das Land traditionell zwischen Interventionismus und Isolationismus – beides Verhaltensweisen, die mit völkerrechtlich strukturierten Anforderungen wechselseitiger Bindung in Spannung stehen. So verstehen und verhalten sich die USA traditionell als Groß- oder Supermacht, die keinen globalen Rechtsbindungen unterliegt.

Dementsprechend schwankt auch die gegenwärtige US-Regierung im Ukraine-Konflikt erkennbar zwischen Großmacht-Verhalten und ziviler Verhaltensbindung. So ließ der US-amerikanische Präsident Joe Biden in seiner Pressekonferenz zu seiner einjährigen Regierungszeit am 20. Januar 2022 erkennen, dass er ein *geringfügiges Eindringen der russischen Truppen in die Ukraine* hinnehmen würde – ganz im Sinne einer Großmacht, die den Einflussbereich einer anderen Großmacht auch hinnimmt, wenn hierbei grundlegende Rechte Dritter verletzt, und ganz im Sinne Putins, der nach seinem *Buddy Trump* nun auch Joe Biden in längeren Gesprächen zu gegenseitiger Generosität der Großmächte motivieren konnte. Hierzu passt, dass Putin mehrfach die Generalität Russlands und der USA

als ausschließlich kompetent für den Ukraine-Konflikt bezeichnet hat und *direkte Gespräche* zwischen Russland und den USA zu priorisieren sucht.

Dass US-Außenminister Blinken danach klarstellte, jedes Eindringen russischer Truppen in die Ukraine würde scharfe Reaktionen der NATO-Länder nach sich ziehen, und nun stattfindende Abstimmungsgespräche zwischen Biden und den europäischen Regierungschefs zeigen: Die kleinen und mittleren NATO-Staaten haben inzwischen (sehr spät) erkannt, dass ihre existentiellen Interessen einer Unverletzlichkeit der Grenzen auch durch die USA verletzt werden können, und machen demgegenüber Druck, sich für die Einhaltung dieser Prinzipien einzusetzen.

Unter diesen Staaten wiederum bildet Deutschland unter mehreren Gesichtspunkten einen Sonderfall: Selbst mitten im Kalten Krieg pflegte Deutschland relativ gute wirtschaftliche Beziehungen zu Russland und mit der Nordstream 2-Pipeline hat sich Deutschland gegenüber den USA wie in Europa politisch eher isoliert. Wir Deutsche empfinden prinzipiell keine Feindschaft gegenüber Russland, sondern lieben russische Seele, Wodka und Kasatschok und neigen dazu, die Beziehungen zu Russland als freundschaftlich zu interpretieren. Gerade ausgehend von den Ländern der früheren DDR gibt es nach wie vor viele Netzwerke zu Russland.

Andererseits haben sich in Deutschland, einem Land, das weltwirtschaftlich stark verankert und in hohem Maße von gelingender Migration abhängig ist, Werte und Institutionen der zivilen Moderne inzwischen besonders stark entwickelt. Die Ampel-Regierung aus Sozialdemokraten (Rot), Freien Demokraten (Gelb) und Grünen bekennt sich erklärtermaßen zu einer auf den Menschenrechten basierenden Gesellschaft des Respekts – womit auch die Unantastbarkeit nationalstaatlicher Grenzen selbstverständlich erscheint und strikt zu schützen ist.

Das aggressive Verhalten Russlands gegenüber der Ukraine und das schwankend ambivalente Verhalten der USA fordern damit kleine und mittlere Länder einschließlich Deutschlands fundamental heraus: Nehmen sie die machtlöge Argumentation Russlands unwidersprochen hin, in deren Konsequenz die Bedrohung

und letztlich Eroberung kleinerer Länder im Umfeld Russlands liegt, so verstoßen sie nicht nur gegen Schutzanforderungen der Völkergemeinschaft gegenüber angegriffenen Staaten, sondern auch gegen ihre vitalen Eigeninteressen an einer geschützten internationalen Ordnung. Diese Einsicht betrifft auch das Verhältnis zu den USA: In dem Maße, in dem diese sich international bindungslos oder als Kompagnon von Schurkenstaaten verhalten, diskreditieren sie sich.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich drei Schlussfolgerungen für die NATO:

1. Das Nordatlantische Verteidigungsbündnis (North Atlantic Treaty Organization), das seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs an Legitimationskraft verloren hatte, wird im Zeichen der deutlich werdenden Aggressivität Russlands wieder aufgewertet.
2. Angesichts des ambivalenten Verhaltens der USA gegenüber Russland und der inneren Demokratieschwächen der USA erscheint die Vorstellung politischer Führung des Westens durch die USA als obsolet. Die USA haben riesige (viel zu große) Rüstungskapazitäten, verletzen aber selbst immer wieder grundlegende Anforderungen völkerrechtlicher Bindung und stellen somit selbst einen beträchtlichen Risikofaktor einer intakten globalen Ordnung dar.
3. Die NATO ist als Verteidigungsbündnis demokratischer Staaten (DTO) gegenüber militärischen Aggressionen Dritter neu zu gründen und zu organisieren. Hierbei hat die Ukraine ein selbstverständliches Zugangsrecht.

Kurzfristig hat die Ukraine nicht nur Anspruch auf ausreichende Rüstungsunterstützung, sondern auch darauf, dass sie im Falle eines Angriffs, legitimiert durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen, so effektiv militärisch unterstützt wird, dass sich der Angreifer zurückzieht. Vor allem aber sollte die Ukraine unübersehbar für sich selbst sprechen können und als unabhängiger Staat international respektiert werden.

Jede militärische Verletzung nationalstaatlicher Grenzen ist als Angriff gegen geltendes Völkerrecht und die Vereinten Nationen zu interpretieren – mit der Folge effektiver Gegenmaßnahmen, die durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen (ohne Vetomacht der Großmächte) legitimiert werden. Wer einen militärischen Angriff befiehlt und leitet, sollte sein Handeln vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu verantworten haben.

Kehrt Russland zu einer respektvollen Politik gegenüber seinen Nachbarstaaten zurück, sollte es Mitglied aller internationaler Organisationen, dabei auch militärischer Organisationen, werden können; denn die Werte der zivilen Moderne (Gleichstellung, Freiheit und Verantwortungsbewusstsein) stehen allen Akteuren offen, die sich zu ihnen bekennen und sich entsprechend verhalten. Das frühere Blockdenken würde damit zugunsten globaler Kooperation und Organisation überwunden – und die gegenwärtige Krise hätte auch etwas Gutes gehabt als Impuls wehrhafter Zivilität.

Autor: Prof. Dr. Volker von Prittwitz
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Freie Universität Berlin
Website: <https://userpage.fu-berlin.de/vvp>